

In der Nacht vom 14. zum 15. Juli 1919 starb zu Berlin im Alter von 66 Jahren

S. Exz. d. Wirkl. Geh. Rat Dr. phil., Dr. med. h. c., Dr.-Ing. E. h.

EMIL FISCHER

o. ö. Professor der Chemie
und Direktor des chemischen Instituts der Universität Berlin.
Ehrenmitglied des Vereins deutscher Chemiker.

Mit Emil Fischer ist wiederum einer der Großen unserer chemischen Wissenschaft dahingegangen.

Emil Fischer war ein Forscher von Gottes Gnaden. Wir brauchen nur die Worte:

Triphenylmethanfarbstoffe, Phenylhydrazin, Zuckergruppe, Purinkörper, Eiweißstoffe und Polypeptide, Fermente, Gerbstoffe, Flechtenstoffe

hier hinzusetzen. Lauter Ecksteine in dem stolzen Bau der organischen Chemie! Zugleich aber Grundsteine für den Aufbau der physiologischen Chemie. Wie der Chemie, so hat Emil Fischer der Physiologie der Pflanzen und Tiere durch seine Forschungen neue Bahnen gewiesen.

Seine hervorragende Begabung als Organisator bewies Emil Fischer durch den Neubau des chemischen Instituts in Berlin, durch die Leitung der deutschen chemischen Gesellschaft, ferner bei der Begründung der Kaiser-Wilhelms-Gesellschaft zur Förderung chemischer Forschung, der Gesellschaft zur Förderung des chemischen Unterrichtes, des Liebig-Stipendienvereins und durch seine Tätigkeit während des großen Krieges.

Als Mensch war Emil Fischer gleichermaßen ausgezeichnet durch die Liebenswürdigkeit seines Wesens und die Zuverlässigkeit seines Charakters; er beherrschte das geschriebene wie das gesprochene Wort mit gleicher Vollendung; seine Vorträge bildeten die Glanzpunkte der Versammlungen der Chemiker und Naturforscher; sein Rat war ausschlaggebend bei den Beschlüssen unserer Behörden.

Der Verein deutscher Chemiker ernannte Emil Fischer im Jahre 1905 zu seinem Ehrenmitgliede; seine Mitglieder stehen trauernd und stolz an der Bahre dieses großen deutschen Mannes.

VEREIN DEUTSCHER CHEMIKER, E.V.

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 469—476 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

22. Juli 1919

Wochenschau.

(11./7. 1919.) Mit der Ratifikation des Friedensvertrages ist von uns die letzte Formalität für dessen Gültigkeit erfüllt, so daß der Weg für die Aufhebung der Blockade nunmehr frei ist. Nach außen hin hat die Regierung jetzt freie Hand, so daß sie sich in Ruhe dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft im Innern widmen kann, der jetzt mit aller Macht in die Hand genommen werden muß. Welche Wege sie hierbei einzuschlagen gedenkt, darüber hat sie bisher eigentlich nichts verlauten lassen. Aus den Sozialisierungsbestrebungen sind greifbare Ergebnisse bisher nicht herausgekommen. Die Wissellsche Planwirtschaft ist endgültig zu Grabe getragen worden, noch bevor sie geboren war. Über das Verbleiben Wissells im Amt ist bis zur Stunde noch keine Entscheidung getroffen. So gut gemeint die Vorschläge der Planwirtschaft gewesen sein mögen, so wenig eigneten sie sich dazu, unseren Ein- und Ausfuhrhandel wieder aufzuräumen. Der Handel würde unter einer solchen Planwirtschaft nur ein kümmerliches Dasein gefristet haben, wie ja überhaupt die Schematisierung des Einfuhrhandels insofern eine große Gefahr bedeutet, als wir dadurch das Ausland ebenfalls ermühen, uns in geschlossener Form gegenüberzutreten. Dadurch ist dem Auslande aber die Möglichkeit gegeben, die Preise für seine Erzeugnisse in die Höhe zu treiben, wodurch uns der Wiederaufbau naturgemäß wesentlich erschwert wird. Vor einer Schematisierung von Industrie und Handel kann nicht genug gewarnt werden. Der Widerstand gegen die Wissellsche Planwirtschaft sagt nicht, daß im Ein- und Ausfuhrhandel gewisse Reformen überflüssig sind, die jedoch für später zurückgestellt werden müssen. Zunächst müssen wir einmal feststellen, inwieweit unser Handel wieder am Weltverkehr überhaupt teilnehmen kann. — Die Frage ausgiebiger Beschaffung von Brennstoffen ist zunächst wichtiger als die der Rohstoffe. Die Vorräte sind bei allen Großverbrauchern erschöpft und die Förderergebnisse so niedrig, daß sie auch nicht ergänzt werden können. Die Versorgung der Staats- und kommunalen Betriebe für den kommenden Winter ist ernstlich gefährdet, wie auch Hausbrandkohlen nicht in genügenden Mengen zur Verfügung stehen, wenn es nicht gelingt, die Kohlenförderung wesentlich zu heben. Daß wir von inneren Unruhen verschont bleiben, wird niemand mit Bestimmtheit behaupten wollen. Vergegenwärtigen wir uns einmal aber die Folgen, welche eintreten würden, wenn es den radikalen Elementen innerhalb der Arbeiterschaft wieder einmal gelingen sollte, die Bergarbeiter in einen Streik zu treiben. Über die Frage der Steigerung der Kohlenförderung hat sich die Regierung bisher ganz in Schweigen gehüllt. Hoffentlich wird in der in den nächsten Tagen zu erwartenden Programmrede des Ministerpräsidenten Bauer diese Frage eingehend erörtert. Die früheren Leistungen des Ruhrbergbaues betrugen 360 000 t täglich, mehr als etwa 230 000 t ist seit dem Streik der Bergarbeiter an einzelnen Tagen aber nicht erreicht worden. Die Streiklust in Arbeiterkreisen ist keineswegs erloschen, sondern hat unter dem „Segen“ der Revolution auch auf solche Kreise übergriffen, welche früher hiervon weniger berührt waren. Das zeigt die Interpellation des dnat. Abgeordneten Kessel in der preußischen Landesversammlung. Abgesehen von bereits ausgebrochenen Teilstreiks unter den Landarbeitern steht für die Zeit der Einbringung der Ernte ein allgemeiner Landarbeiterstreik in Aussicht, der die Ernährung der Bevölkerung natürlich schwer gefährden müßte. Von einem solchen Streik würden voraussichtlich aber auch andere Arbeitergruppen angesteckt werden. Wir wiederholen unseren früheren Vorschlag der Bildung eines Staatsgerichtshofes zur Verhütung von Streiks, wenn nicht andere gesetzliche Maßnahmen gegen den Streik getroffen werden. Schaffen wir nicht stabile Arbeitsverhältnisse, so wird es uns auch niemals gelingen, die Kohलगewinnung zu heben, und dann werden uns größere Mengen Rohstoffe in der Tat nichts nützen. Die seit Beginn der Revolution in Kreisen der Arbeiter wie der Beamten eingetretene allgemeine Arbeitsunlust besteht im großen und ganzen fort und hat an wichtigen Verkehrspunkten ganz bedenkliche Erscheinungen zeitigt. Dazu gehört der Streik der Eisenbahner in Frankfurt a. M., der bei seiner Aussichtslosigkeit inzwischen bekanntlich abgebrochen wurde, immerhin aber auch an anderen Stellen Versuche zum gleichen Vorgehen hervorrief. In Verbindung mit der allgemeinen Arbeitsunlust und dem Streik der Eisenbahner in Frankfurt a. M. steht anscheinend auch die Tatsache, daß auf dem Kölner Güterbahnhof alle Geleise mit beladenen Güterwagen vollgestopft sind, deren Zahl — anscheinend aber — auf nicht weniger als 16 000 geschätzt wird. Wochenlang unterwegs befindliche Waggonladungen sind nicht aufzufinden, weil jede Übersicht über die

angesammelten Güter fehlt. Leicht verderbliche Waren sind also längst verdorben. An solchen Beispielen sieht man, wohin es führt, wenn der allgemeinen Arbeitsunlust und den immer wieder aufflackernden Streiks nicht endlich wirksam gesteuert wird, zumal alle Arbeitergruppen heute wohl reichliche Löhne verdienen. — Einzelne Vorgänge auf finanziellem Gebiet während der Berichtswoche verdienen mehr als gewöhnliche Beachtung. Deutsche Bankkreise suchen mit neutralen Bankhäusern wieder engere Fühlung zu nehmen, wie auch umgekehrt die bevorstehende Aufhebung der Blockade solches Verlangen wesentlich gestärkt hat. Amerikanisches, englisches und französisches Kapital macht schon seit einiger Zeit große Anstrengungen durch Errichtung von Niederlassungen bei uns festen Fuß zu fassen. Namentlich aber werden deutsche und holländische Bankkreise in Zukunft zusammenarbeiten und dadurch auf die Wiederaufrichtung unserer Industrie und unseres Handels befruchtend wirken. — Wenn auch die Aufwärtsbewegung an der Börse aus der Vorwoche in dieser Woche nicht in gleichem Maß weiterging, so erzeugte die nahe Aufhebung der Blockade doch erneut feste Stimmung mit zum Teil weiter steigenden Kursen. Der Preis der Kriegsanleihe stieg bis auf 79,7% bei einem Übernahme Kurs der Reichsbank von 80%. Der Kurs der Papiermark konnte sich an den neutralen Märkten in den letzten Tagen der Woche wieder etwas heben. In Holland erreichte der Kurs schließlich 17,75 Gulden und in der Schweiz 38 Frs. Außer chemischen Werten erfuhren Rüstungswerte zeitweise sprunghafte Steigerungen. An der Frankfurter Börse notierten Aschaffenburg Zellstoff 189,50, Badische Anilin- und Sodafabrik 329, Chem. Fabr. Goldenberg 370, Th. Goldschmidt 220, Chem. Fabr. Griesheim 205, Farbwerke Höchst 300, Weiler-ter-Meer 180,50, Holzverkohlung Konstanz 217,50, Rütgerswerke 169, Ultramarinfabriken 175, Chem. Werke Albert 315, Gummiwaren Peter 184,50, Zellstoffabrik Waldhof 182,50 und Zuckerfabrik Frankenthal 340%.

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Niederländisch-Indien. Änderung und Ergänzung des Zolltarifs. Laut Verordnung vom 7./7. 1919 wird der durch Artikel 4 festgesetzte Ausfuhrzolltarif, zuletzt ergänzt durch das Gesetz vom 29./12. 1911, durch den folgenden ersetzt:

Waren	Einheit	Zollsatz Gulden
1. Erdöl- und Nebenerzeugnisse davon:		
a) Petroleum (Kerosen) und alle nicht unter b genannten Nebenerzeugnisse	1000 kg	3
b) Solarölrückstände, flüssige Brennstoffe, Filterpreßöl, Schmieröl, Fett, Batchingöl Pech und Wachsöl . . .	1000 kg	0,60
2. Häute	vom Werte	2 %
4. Zinn	100 kg	3,50

B. Nach Artikel 4 wird ein neuer Artikel 4a mit folgendem Inhalt eingefügt: Der in einem einzigen Jahre zu entrichtende, im vorigen Artikel erwähnte Ausfuhrzoll kann den Beteiligten auf Antrag, gemäß den durch Kolonialverordnung festzustellenden Regeln, erstattet werden, sofern nachgewiesen wird, daß das beteiligte Gewerbe in dem gedachten Jahre Verlust erlitten hat usw.

England. Auf Grund des Abschnitts 43 des Zollgesetzes von 1876 hat die englische Regierung jetzt laut Financial Times vom 28./6. 19 die Einfuhr ohne besondere Genehmigung des Handelsamtes verboten für: 1. Chemikalien jeder Art; 2. elektrische Waren, Apparate, Anlagen und Maschinen aller Art einschließlich Isolationsmaterial; 3. wissenschaftliche, mathematische und optische Instrumente; 4. Tungsten-Pulver und Ferro-Tungsten. [Während des Krieges beruhten alle Einfuhrverbote auf dem Reichsverteidigungsgesetz, das mit dem Friedensschluß außer Kraft trat. Der Versuch, das Einfuhrverbot auf Art. 43 des Zollgesetzes zu stützen, war schon für die Farbstoffe gemacht. Der Economist erklärte dies damals, d. h. vor 5 Monaten, für rechtlich unhaltbar, da jene Bestimmung nur die Einfuhr von Kriegsmaterial betreffe, was die Gerichte im Falle ihrer Anrufung zweifellos aussprechen würden. Ec.*]

— Nach Freigabe des Handels in Öl und Fetten (s. S. 461) sind die Preise derartig hochgegangen, daß die Regierung die Kontrolle über diesen Handelszweig wieder eingeführt und den Handel in Ölen und Fetten an die Gewährung einer Konzession geknüpft hat. („Manchester Guardian“ vom 23./8.) *on.*

Niederlande. Der niederländische Wirtschaftsminister hat die Ausfuhr von Riechstoffen vom 1./7. 1919 ab freigegeben. *Od.*

Deutschland. Laut Bekanntmachung vom 1./7. 1919 tritt die Verordnung über die Verwendung von Erdölpech und Öl vom 29./4. 1915 sofort außer Kraft. *ar.*

Marktberichte.

Die Aussichten der niederländischen Industrie. Durch die Veränderung der internationalen Lage sind mancherlei Nachteile zu befürchten, die vor dem Kriege nicht bestanden. Vermöge des niedrigen Wechselkurses ist die deutsche und österreichische Industrie imstande, Erzeugnisse, in denen inländische Rohstoffe verarbeitet sind und in denen viel Arbeitslohn steckt, gegen billige Preise auf den Weltmarkt zu bringen. Ganz besonders hart dürfte diese Konkurrenz natürlich die Industrien treffen, die erst während des Krieges entstanden sind und in ihrer Preiskalkulation mit wesentlich höheren Minimalpreisen rechneten, als sie nunmehr gefordert werden dürften. Doch das Ergebnis des Krieges bringt der deutschen Industrie der holländischen gegenüber noch weitere wesentliche Vorteile, vor allem den durch die Kriegsschädigung in Form von Produkten gesicherten Absatz ihrer Erzeugnisse, der, wenn er nur wenige Jahre hindurch die Konsumenten befriedigte, zu einer dauernden Eröberung der belgisch-französischen und teilweise auch der angelsächsischen Märkte führen dürfte. Frankreich hat Holland gegenüber voraussichtlich sehr erheblichen Vorteil, über „freie“ Kohlen zu verfügen, die es zu billigen Preisen von Deutschland erhalten und bei der allgemeinen Brennstoffmaterialiennot zur Durchsetzung seiner wirtschaftlichen Forderungen und durch eine geschickte Preispolitik zur Unterstützung der eigenen Industrie ausbeuten dürfte. *Od.*

Alizarinfarben in Britisch-Indien. Die Anstrengungen englischer Fabrikanten, die deutschen Farbstoffe durch ihr Fabrikat zu ersetzen, sollen jetzt zu einem günstigen Ergebnis gekommen sein, so daß man kleinere Mengen nach Indien hat senden können und hofft, in absehbarer Zeit den ganzen Bedarf zu befriedigen. Der Preis ist vorläufig für Alizarinrot auf 2,1 Rupie das Pfund festgesetzt, doch soll es nur gegen einen persönlichen Ausweis des Verbrauchers abgegeben werden, um Kettenhandel zu verhindern; auch sind für die Verteilung besondere Ausschüsse in den einzelnen Ortschaften eingesetzt worden. (Neuer Orient 7/8.) *Gr.*

Sinken der Sodapreise in der Schweiz. Vorkriegspreis Solvay-Soda per 100 kg 14,50 Fr., 1./5. 1918 Zurzach-Soda per 100 kg 77 Fr., 1./6. 1919 Zurzach-Soda per 100 kg 79 Fr., 10./6. 1919 Zurzach-Soda per 100 kg 58,25 Fr. Wie die Chemische Fabrik Schweizerhall behauptet, ist die Qualität gleich gut wie Solvay. Von manchen Interessenten wird dies bestritten, während andere keinen Unterschied zu konstatieren vermögen. (W. N.) *ar.*

Die Lage des Chemikalienmarktes in Japan geht aus der folgenden Zusammenstellung der Ein- und Ausfuhr hervor:

	Einfuhr Dollar	Ausfuhr Dollar
Hopfen	248 790	—
Süßholz	130 448	—
Saffran	37 121	—
Gallsäure	254 036	—
Tannin	577 484	263 552
Kautschuk	4 465 112	—
Gummi arabicum	43 322	—
Schellack	547 068	—
Harz	993 629	—
Anderer Gummiarten	99 240	—
Gelatine	28 352	—
Phosphor, gelb	28 466	—
„ rot	123 293	258 582
Kleesalz	25 234	—
Weinsteinsäure	209 893	—
Salicyl	98 035	—
Carbol	2 374 432	—
Zitronensäure	62 336	—
Kaustische Soda	3 204 347	66 639
Bicarbonat	153 601	—
Soda Peroxyd	30 755	—
Salpetersaures Natron	4 862 313	—
Borsoda	278 181	—
Cyanid von Natron	161 976	182 752
Cyanid von Kali	185 337	—
Chlorsaures Kali	77 471	1192 026
Doppelchromsaures Kali	249 862	—
Bromsaures Kali	7 697	—

	Einfuhr Dollar	Ausfuhr Dollar
Alaun	12 767	106 752
Salpetersaures Bismut	23 900	—
Chlorsaures Ammoniak	93 361	—
Schwefelsaures Ammoniak	1 431 304	765 500
Essigsäures Calcium	31 124	—
Formalin	89 820	—
Glycerin	278 569	—
Milchzucker	15 918	—
Antifebrin	60 640	—
Antipyrin	45 283	—
Santonin	51 660	—
Chinin	285 759	—
Morphium	2 538 920	—
Cocain	477 659	—
Med. Alkohol	82 269	—
Aromat. Chemikalien	26 560	—
Zahnpulver	47 168	213 712
Ginseng	—	304 206
Insektenpulver	—	729 115
Komprimierter Sauerstoff	—	28 292
Gewöhnliche Soda	3 482 060	—
Schwefel	—	3 071 396
Jodin	—	165 739
Kohlens. Ammoniak	140 900	—
Kalinitrate	26 126	—
Borsäure	110 222	—
Zinkpulver	—	275 391
Essigsäure	—	1 756 509
Schwefelsäure	—	251 797
Schwefelsaures Kupfer	—	392 862
Kalijodid	—	519 844
Bleichpulver	—	742 854
Calciumcarbid	—	426 926
Naphtha	—	196 805
Kampfer	—	2 152 078
Minze in Krystallen	—	797 163
Minze (gewöhnliche)	—	84 796
Toilettenpulver	—	142 182
Gaze und Binden	—	505 305
Sonstiges	—	3 301 671

Von diesen Einfuhren kamen ungefähr 60% nach Kobe und Osaka, sie stammten zum größten Teil aus den Vereinigten Staaten. Infolge der Einfuhrbehinderungen von dort sind die Vorräte an gewissen Chemikalien, wie z. B. kaustische Soda, ziemlich niedrig geworden und die Preise infolgedessen in die Höhe geschneit. Der gegenwärtige Preis für kaustische Soda beträgt 16,50 Doll. für 100 lbs. An Säuren aller Art sind noch größere Vorräte vorhanden und die Preise dementsprechend niedrig; Harze dagegen sind knapp. (Neuer Orient 7/8.) *Gr.*

Lage der Petroleumindustrie in Rumänien. Der Mangel einer ernsthaften Ausfuhrorganisation verursacht der Industrie den allergrößten Schaden. Andererseits leiden die Bohrgesellschaften unter dem Mangel an Bohrmaterial jeder Art. Außerordentlich fühlbar macht sich der gänzlich ungenügende Lagerraum, da die tägliche Erzeugung bereits auf etwa 300 Wagen gestiegen und der Inlandsverbrauch nur unbedeutend ist. Die Erzeugung der Monate März bis einschließlich April belief sich auf 384 000 t. Im Berichtsmonat (vermutlich Mai) waren ungefähr 320 000 t Lagerbestände vorhanden, davon 50 000 t Benzin, 75 000 t Leuchtöl, 18 000 t Treiböl, 20 000 t Schmieröl, 30 000 t Rückstände, 120 000 t Rohöl. Verhandlungen der nach Paris entsandten Wirtschaftskommission bezüglich der Ausfuhr rumänischer Erdölserzeugnisse sind ergebnislos geblieben. In Finanzkreisen spricht man von der Gründung einer großen Petroleumbank oder -Gesellschaft mit einem Kapital von 100—200 Mill., die für die Befriedigung des Kredits und anderer Bedürfnisse der Petroleumindustrie sorgen soll. („Revue économique.“) *dn.*

ErdölLieferungen der Vereinigten Staaten für Deutschland. Amerikanische Petroleuminteressenten beschäftigen sich mit der Vorbereitung großer Lieferungen zur Deckung der deutschen Ölnot sofort nach Aufhebung der Blockade. Die Petroleumindustrie hat mit lebhaftem Interesse von dem Telegramm Bernard E. Baruchs (Berater für Rohmaterialien bei der Friedenskonferenz) Kenntnis genommen, demzufolge der Bedarf an Schmierölen doppelt so groß als der normale ist, der von anderen Petroleumprodukten ungefähr normal sein wird. Aus diesem Bericht ersehen Sachverständige, daß in Deutschland zur Zeit des Waffenstillstands der Mangel an Schmierölen sehr erheblich war. Die voraussichtlichen Bedürfnisse sind 500 000 t Schmieröl, 3000 t Paraffinwachs, 600 000 t anderer Petroleumserzeugnisse. Es wird angenommen, daß die Lieferungen von seiten der Amerikaner sofort in die Wege geleitet werden sollen. („New York Journal of Commerce“ vom 21./5.) *dn.*

Die Lage der Erdölindustrie in England. Die Einfuhr und Verarbeitung von Erdnüssen in Großbritannien hat während der Kriegszeit eine bemerkenswerte Ausdehnung aufzuweisen. Von etwa 11 000 t

im Jahre 1913 wuchs die Einfuhr von Erdnüssen auf mehr als 135 000 t im Jahre 1918 an. Vor dem Kriege schenkten die Ölmühlen Großbritanniens den Erdnüssen nur sehr geringe Beachtung, obgleich ihre Verwertung gerade dazu beigetragen hatte, der französischen und namentlich der Marseiller Ölindustrie zu der Bedeutung zu verhelfen, die sie vor dem Kriege hatte. Die französische Einfuhr von Erdnüssen erreichte im Jahre 1913 über 500 000 t. Im Laufe der Kriegszeit haben aber die britischen Ölmühlen die Verarbeitung der Erdnüsse in großem Umfange aufgenommen. Die verschiedenen, dem britischen Reiche angehörenden Länder, in der Hauptsache Indien, Gambien und Nigrien, führten vor dem Kriege etwa 350 000 t Erdnüsse jährlich aus, von denen jedoch nur wenige Tausend nach England gingen. Die indische Ausfuhr an Erdnüssen fiel von 277 900 t im Jahre 1913-1914 auf 17 200 t in dem am 31./3. 1919 abgeschlossenen Jahre. In der Hauptsache ist dieser sehr starke Rückgang auf den Mangel an Schiffsraum zurückzuführen. Man wird aber in Zukunft gut daran tun, die Erdnüsse aus Indien in unverarbeitetem Zustande (mit der Schale) zu verschiffen, da sonst bei der langen Reise die Qualität des in Europa erpreßten Öles minderwertiger wird. Im Jahre 1916 wurden aus Nigrien über 50 000 t Erdnüsse ausgeführt, und diese Menge wird sich leicht stark vergrößern lassen. Die Ausfuhr aus Gambien stellte sich im Jahre 1917 auf 74 300 t. Die guten Preise, die sich erzielen ließen, dienten den Eingeborenen als Ansporn, die Anbaufläche der Erdnüsse stark zu vergrößern. („The Times Trade Supplement“ vom 7./6. 1919.) *dn.*

Der Bedarf an Kunstdünger auf den Canarischen Inseln ist groß. Zur Wiederherstellung der Bananenpflanzungen, der hauptsächlichsten Industrie der Inselgruppe, werden schnellstens 12 000 t, und zwar folgende Düngemittel gebraucht: 3500 t schwefelsaures Ammoniak (24—25%), 3500 t Kalksuperphosphat (36—38%), 1500 t getrocknetes Blut und 3500 t Kali (97—98%). Die führenden Bananenexporthäuser machen die größten Anstrengungen, diese Düngemittel zu erlangen und sind bereit, bar fob in jedem amerikanischen Hafen, wo sie geliefert werden könnten, zu bezahlen. („Journal of Commerce“ vom 15./5.) *on.*

Zur Lage der Zuckerindustrie. Unter dieser Überschrift befindet sich im wirtschaftlichen Teil der Zeitschrift vom 24./6. d. J. auf S. 400 eine Behauptung über die Verhältnisse in der Zuckerindustrie, die den Tatsachen in keiner Weise entspricht, und Vorwürfe gegen die Zuckerindustrie und Landwirtschaft erhebt, die durchaus unberechtigt sind. Es heißt dort nämlich:

„Der Rückgang der Anbaufläche um 10—15%, der stellenweise sogar auf etwa 20% geschätzt wird, steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu der Anordnung der Regierung, Zuckerrüben in mindestens dem Umfange des Vorjahres anzubauen. In der Zuckerindustrie und der Landwirtschaft fehlt offenbar die so notwendige einheitliche Leitung, welche auf unsere Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt und auf die Schwierigkeiten der Versorgung der Allgemeinheit die gebotene Rücksicht nimmt.“

Was zunächst den „merkwürdigen“ Gegensatz zwischen dem Rückgang der Anbaufläche und den Anordnungen der Regierung anbetrifft, so hat der ungenannte Berichterstatter diese Verordnungen der Regierung anscheinend überhaupt nicht gelesen. Denn die Regierung hat nicht angeordnet, daß Zuckerrüben mindestens im Umfange des Vorjahres anzubauen sind, sondern sie hat sich vielmehr der Verpflichtung, eine solche Anordnung zu erlassen, entzogen, indem sie den Zuckerfabriken nur die Berechtigung zuerkannt hat, von den Rübenbauern eine gleich große Anbaufläche wie 1916 zu verlangen, ohne den Fabriken irgendwelche Handhaben zu geben, einen Anbauzwang nun auch durchzuführen zu können. Allerdings können die Zuckerfabriken bei Weigerung der Rübenbauern, die verlangte Fläche anzubauen, eine Entscheidung der höheren Verwaltungsbehörde verlangen, aber selbst wenn diese zugunsten der Fabrik ausfällt, so lehnt die Verwaltungsbehörde es ab, ihrerseits einen Zwang auf den Rübenbauer auszuüben. Die Zuckerfabriken wären also gezwungen, wenn sie ihr Recht weiter verfolgen wollten, die ordentlichen Gerichte anzurufen, bei denen aber nur eine Klage auf Schadenersatz eingereicht werden könnte. Abgesehen davon, daß der Ausgang einer solchen Klage aus verschiedenen Gründen sehr zweifelhaft ist, wäre damit der Allgemeinheit nicht gedient, da die verlangten Flächen eben nicht mit Zuckerrüben bebaut worden sind.

Auf diese Umstände hat die Zuckerindustrie nach den Erfahrungen des Jahres 1918 die Regierung rechtzeitig aufmerksam gemacht und verlangt, daß die Regierung, falls sie den Anbauzwang will, ihn auch selbst mit ihrer Macht durchführen solle; aber auch die neue Regierung hat sich dieser Verpflichtung entzogen.

Damit fällt schon der Vorwurf, den der Berichterstatter der Leitung der Zuckerindustrie gemacht hat. Aber auch für die Landwirtschaft ist der Vorwurf unberechtigt. Die Rübenbauer haben sich überall bereit erklärt, im Jahre 1919 nicht nur die gleiche, sondern sogar eine größere Fläche mit Rüben zu bebauen, als im Vorjahre, aber unter der selbstverständlichen Bedingung, daß ihnen dieser Anbau überhaupt möglich gemacht wird, d. h. daß ihnen der unbedingt für die ausgemergelten Felder nötige Dünger (Stickstoff und Phosphorsäure) geliefert wird und die nötigen, im Rübenbau erfahrenen Arbeiter gestellt werden. Auch diese Forderungen sind der Re-

gierung in unzähligen Eingaben sowohl von Vertretungen der Zuckerindustrie und Landwirtschaft, als auch der einzelnen Fabriken und Landwirte mitgeteilt, aber ohne Erfolg. Künstlicher Dünger wurde nur in ganz unzureichenden, vielfach kaum für die Getreidefelder ausreichenden Mengen hergestellt und geliefert, und die für den Rübenbau, besonders aber für das Rübenroden, allein brauchbaren fremden Arbeiter hat die Regierung nicht hereingelassen. Mit städtischen Erwerbslosen ist aber der Zuckerrübenbau, dessen Schwierigkeiten Laien stets unterschätzen, nicht durchzuführen. Wer im Juni durch die Hauptrübengegenden mit offenen Augen gefahren ist, wird gesehen haben, daß selbst bei dem diesjährigen geringen Anbau sehr viele Rübenfelder nicht rechtzeitig verzogen und behackt worden sind, eben weil hierfür schon die Arbeitskräfte fehlten, und daß sich auf vielen Feldern der Mangel an Düngung sehr bemerklich machte. In den „Wochenberichten“ von F. O. Licht wird dies auch stets hervorgehoben.

Also nicht die Zuckerindustrie und die Landwirtschaft tragen Schuld an der im Jahre 1919 verringerten Anbaufläche, sondern allein die Regierung und die durch die Revolution hervorgerufenen Verhältnisse. Das deutsche Volk wird also seinen Zuckerverbrauch noch mehr als bisher einschränken müssen, da nach Wegnahme der polnischen Rübenbezirke im Jahre 1919 nur mit einer Zuckererzeugung von etwa 900 000 t gerechnet wird, während der Bedarf in Friedenszeiten 1,3—1,4 Mill. t war und im Jahre 1918 noch 1,35 Mill. t hergestellt wurden. *Dr. H. Claassen.*

Zu vorstehenden Ausführungen äußert sich unser Mitarbeiter wie folgt:

Nach den Gesellschafterbedingungen sind Zuckerfabriken und Landwirtschaft im großen und ganzen identisch.

Laut § 1 der Verordnung über den Anbau von Zuckerrüben vom 27./12. 1918 sind rübenverarbeitende Zuckerfabriken berechtigt, von Rübenbauern, welche ihnen Zuckerrüben aus der Ernte des Jahres 1916 zu liefern verpflichtet waren, für das Erntejahr 1919 Lieferung von Zuckerrüben von einer gleich großen Anbaufläche wie 1916 zu verlangen. Nach den Ausführungen des Reichswirtschaftsministeriums vom 9./4. d. J. (gez. Schmidt), welche Herr Dr. Claassen kennen dürfte, geht aber hervor, daß „manche Zuckerfabriken mit Rücksicht auf die Verhältnisse beschlossen haben, ihr auf der Verordnung oder den Gesellschaftsverträgen beruhendes Recht auf Anbau ganz oder teilweise unausgeübt zu lassen“. Aus diesem Recht ergibt sich für die Landwirtschaft aber doch die Pflicht der Lieferung analog 1916. Wie diese Fabriken es also mit ihrem Recht gehalten haben, braucht nicht weiter erörtert zu werden. Fabriken und Landwirtschaft ziehen eben an einem Strick, und dieser Strick war und ist die Preisfrage und immer wieder die Preisfrage. Die Landwirtschaft baute diejenigen Feldfrüchte, welche am meisten einbrachten. Beweis ist die Zunahme des Anbaues bis 1918 von Runkelrüben um 100 000 ha, Kohlrüben um 50 000 ha, Möhren um 53 000 ha, während der Anbau von Zuckerrüben zurückging. Für 1917/18 war der Rübenpreis bekanntlich 3 M für den Zentner, für 1918/19 beantragte die Landwirtschaft unter Billigung der Fabriken einen Rübenpreis von 5 M, stellenweise wurden sogar 6 M für den Zentner verlangt, von der Regierung dann als Mindestpreis 4 M bewilligt. Nach den Entscheidungen der Regierung wird der Zuckerpreis im Herbst festgesetzt. In der Eingabe des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie vom 31./3. 1919 an das Reichswirtschaftsministerium wird auf Zuschriften aus Kreisen der Mitglieder hingewiesen, deren Inhalt der genannte Verein wie folgt zusammenfaßt: „Solange die Zuckerindustrie nicht mit festen Zahlen rechnen kann, oder solange sie von seiten der Regierung über deren Absichten keine bindende Erklärung erhält, wird ein Eintreten der Industrie für einen größeren Rübenbau oder sogar für die Erhaltung desselben auf der vorjährigen Höhe nicht möglich oder ein Schlag ins Wasser sein.“ Also immer wieder die Preisfrage! Die Schwierigkeiten hinsichtlich der Beschaffung künstlicher Düngemittel (schwefelsaures Ammoniak) und der nötigen Arbeitskräfte sind nicht erst in diesem Jahre eingetreten, sondern bestanden auch schon in den letzten Kriegsjahren. Wie den Arbeiter- und Rohstoffverbänden, so ist auch der Zuckerindustrie und der Landwirtschaft der Blick für das „große Ganze“ fast ganz abhanden gekommen. *p.*

Aus der Verordnung über die **Preiserhöhung für Zucker** geht hervor, daß vom 1./7. 1919 ab der Preis für gemahlene Melis beim Verkaufe durch Verbrauchszuckerfabriken auf der Grundlage von 44,80 (42,30) M für 50 kg ohne Sack ab Magdeburg einschl. Verbrauchssteuer festgesetzt wird. Die Verbrauchszuckerfabriken haben auf jede 50 kg des bei ihnen ab 1./7. vorhandenen Verbrauchszuckers den Unterschied zwischen den vorerwähnten und den bisherigen Preisen abzüglich 1 M und auf jede 50 kg des von ihnen nach dem 30./6. 1919 gelieferten Verbrauchszuckers den Betrag von 1 M an eine von dem Reichsernährungsminister zu bestimmende Stelle abzuführen. Aus diesem Betrage sind nach näherer Bestimmung des Reichsernährungsministers Entschädigungen zum Ausgleich für die erhöhten Herstellungskosten in der Zeit vor dem 1./7. 1919 an die Verbrauchszuckerfabriken zu zahlen. Im Falle einer Erhöhung der Zuckersteuer kann der Reichsernährungsminister den Betrag des Zuckers um den Betrag erhöhen, um den die Zuckersteuer erhöht wird. *ar.*

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

England. Eine Kommission von Weißblechfabrikanten beabsichtigt eine Studienreise nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu unternehmen, um Untersuchungen über die Ursachen der höheren Entwicklung der Weißblechherstellung in Amerika, im Vergleich mit der in England, anzustellen. Die Abordnung, die aus ungefähr 26 Mitgliedern bestehen wird, darunter sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer, vertritt hauptsächlich den Handel von Süd-Wales. Man nimmt an, daß die Abordnung nicht später als August abreisen, und daß sie sich 6—8 Wochen in Amerika aufhalten wird. („Daily Telegraph“ vom 17./6. 1919.) *on.*

Niederlande. Die Kohlenversorgung ist in der letzten Zeit bedeutend besser geworden, so daß allen Fabriken Brennmaterialien teils in Gestalt von Steinkohle, teils von Braunkohle zugewiesen werden konnten. Da man holländischerseits nach den Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfes befürchten mußte, daß die Entente über die deutsche Steinkohlenproduktion in einer Weise verfügen werde, die die Ausfuhr deutscher Kohle nach Holland unmöglich machen könne, es sich andererseits aber bei holländischen Verhandlungen mit den Alliierten gezeigt hatte, daß man keineswegs die Steinkohlenzufuhr von Deutschland nach Holland abzuschneiden gewillt ist, hat die Niederländische Regierung die in Frage kommenden Ententebehörden auf die Folgen der Bedingungen des Friedensvertrages hingewiesen und sie ersucht, die Bestimmungen derart zu ändern, daß die Möglichkeit einer Steinkohleneinfuhr aus Deutschland bestehen bleibt. — Zur Förderung der Einfuhr belgischer Steinkohle hat sich in Holland mit einem Kapital von 2 Mill. Gld. eine Gesellschaft gegründet, die für den Kohlentransport eine eigene Flotte zur Verfügung haben und mit den bedeutendsten belgischen Gruben Lieferungsverträge abschließen wird. Das Unternehmen hat bereits Kontrakte für die Ausfuhr von Kohle mit der belgischen Regierung abgeschlossen. *Od.*

Schweden. Studienreise von Bergingenieuren nach den Vereinigten Staaten. Das Kommerzkollegium beantragt bei der Regierung Reisestipendien im Gesamtbetrag von 5200 Kr. für vier Ingenieure zum Studium des Grubenbetriebes und der Kupfergewinnung. („Svensk Handelstidning“ vom 1./7. 1919.) *ll.*

Tschechoslowakischer Staat. Von amerikanischen Finanzleuten wird in Prag die Gründung einer **Tschecho-Slovak Commercial Corporation of America** vorbereitet. Sie soll mit der tschechoslowakischen Gesellschaft gleichen Namens, die bereits in Amerika mit einem Kapital von 1 Mill. Doll. (auf 5 Mill. erhöhbar) gegründet ist, zusammenarbeiten. Gegenstand des Unternehmens soll sein: Einfuhr von Rohprodukten und Bedarfsartikeln, an denen es in der Tschechoslowakei mangelt (s. S. 425), im Tausch gegen Ausfuhrerzeugnisse. Diese Gesellschaft verfügt über ein vorläufiges Kapital von 10 Mill. Kr. *on.*

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Vereinigte Staaten. Neugründung. Die Commonwealth Petroleum Corporation ist von einer Gruppe hervorragender New Yorker, Pittsburger und Cleveland Bankiers und Ölhändler, einschließlich Standardölfirmer, im Staate Delaware gesetzmäßig gegründet worden. Das Unternehmen bezweckt weitestgehende Erschließung von etwa 27 000 Acres Ölvorkommen in Wyoming, Californien, Pennsylvanien und West-Virginien. Auf den Ölfeldern, die Eigentum oder Pachtbesitz der neuen Gesellschaft sind, befinden sich gegenwärtig 73 fließende Ölquellen. Das Gesellschaftskapital besteht aus 178 000 Anteilen ohne festgesetzten Parwert. („New York American“ vom 11./3. 1919.) (W. N.) *on.*

Belgisch-Kongo. In Katanga, 26 km von Bukama, ist ein **Kohlenvorkommen** entdeckt worden. Es ist 2 km von der Eisenbahn und 447 km von Elisabethville entfernt. Die entdeckten Kohlen sollen sich zum Verkoken eignen. Diese Entdeckung würde von großer Bedeutung für die Kupfergewinnung von Katanga sein, die in bezug auf Brennmaterial von den Kohlengruben von Waukie, welche 1166 km von ihrem Zentrum entfernt sind, abhängig ist. („Moniteur belge“ vom 13./6. 1919.) *dn.*

England. Geschäftsbericht. Die Hudson Consolidated, Ltd., wird ihr Kapital durch Ausgabe von 70 000 7½% igen kumulativen Vorzugsaktien zu je 1 Pfd. Sterl. und 141 693 Stammaktien erhöhen, um die kürzlich erworbenen Manganlager in Großbritannien auszubauen. Die Lager, die in North-Wales gelegen sind, umfassen 11 Quadratmeilen. Die Förderung beträgt zur Zeit 500 t je Monat, kann aber auf 100 000 t je Woche erhöht werden. („The Iron and Coal Trades Review“ vom 6./6. 1919.) *dn.*

— **Geschäftserweiterung.** Die Premier Oil & Pipe Line Co. Ltd. hat ihre Petroleumquellen in Galizien wieder in Besitz genommen und hat finanzielle Vorkehrungen getroffen, um ihr galizisches Unternehmen, das durch den Krieg stark gelitten hatte, auf eine gesunde Basis zu stellen. Beträchtliche Erweiterungen sind vorgesehen. („Daily Telegraph“ vom 21./6. 1919.) *ar.*

Frankreich. Betriebsaufnahme. Die Gesellschaft *Acieres de Longwy* rechnet damit, sofort nach Empfang des Materials für das Gebläse, das sie bestellt hat, 5 von den 9 Hochöfen, die sie vor dem Kriege in Betrieb hatte, anzublasen. Dagegen kann sie noch nicht voraussagen, wann ihre Stahlwerke wieder in Betrieb gesetzt werden. („Ag. Econ. et Fin.“ vom 20./6. 1919.) *ar.*

Italien. Montanfunde in den neuen Gebieten. Im Karst und Istrien sind bedeutende Lager von Bauxit und Braunkohle entdeckt worden. Außerdem hofft man, die Förderung von Braunkohle und Eisen in Dalmatien und den Inseln bedeutend heben zu können. („Agence Economique et Financière“ vom 21./6. 1919.) *on.*

Niederlande. Geschäftsbericht. Der Gewinn der Koninklijke Petroleum-Maatschappij beläuft sich für das verflossene Rechnungsjahr auf 72 190 311 fl. gegen 44 373 569 fl. im Jahre 1917 und 32 629 925 fl. im Jahre 1916. Der Gewinn gestattet eine Auszahlung von 4% auf die Vorzugsaktien, eine solche von 4½% auf die Prioritäten und von 40% auf die gewöhnlichen Aktien, wovon bereits 15% als Zwischendividende ausgekehrt sind. Es bleibt ein Saldo von 1 146 230 fl., welcher nach dem Vorschlag der Direktion auf Rechnung vorgetragen werden soll. (Tagesbericht aus dem Haag vom 5./6. 1919.) *ll.*

— **Braunkohlengewinnung.** Durch Kgl. Beschluß ist der N. V. Bergerode, dem bekannten Braunkohlenunternehmen in Brunsum (Limburg) die Konzession zur Ausbeutung eines in der Gemeinde Brunsum liegenden 4½ ha großen Braunkohlenfeldes erteilt worden. Die genannte Gesellschaft hat der Regierung vor einigen Tagen mitgeteilt, daß sie wegen des stark verringerten Förderungsvermögens ihrer Braunkohlengrube zunächst 1300 von den 2000 Arbeitern entlassen müsse. Später müßten voraussichtlich noch weitere Entlassungen vorgenommen werden. („Vaderland“ vom 12./6. 1919.) *on.*

Tschecho-slowakischer Staat. Dividende. Die Koliner Petroleumraffinerie beantragt auch in diesem Jahre die Ausschüttung einer 30% igen Dividende, gleich 60 Kr. („Neue Freie Presse“ vom 28./6. 1919.) *ar.*

— Die **Skodawerke** beabsichtigen, wie die „Tribuna“ meldet, in der Nähe Prags ein großes Eisenwerk zu errichten in einem Gebiete, wo viel hochprozentige Eisenerze festgestellt wurden, deren Abbau mit Bewilligung der Regierung erfolgen wird. („B. B. Z.“) *on.*

Österreich-Ungarn. Geschäftsbericht. Die Dux-Bodenbacher Bahn (Braunkohlenwerke) weist einen Reinertrag von 968 127 (1 651 749) Kr. auf. Die Dividende beträgt 10%, dem Reservefonds werden 24 716 Kr. zugeteilt, für Tantiemen 49 433 Kr. ausgeworfen und 93 977 Kr. auf neue Rechnung vorgetragen. Die Förderung des Bergwerks ist neuerdings zurückgegangen. Sie betrug im ganzen 762 410 t (gegenüber 912 860 t i. V.). Die Gesellschaft hat infolge Zukaufs nunmehr sämtliche Kuxe der Mariengewerkschaft in Elbogen in der Hand. Sie ist dadurch in die Lage versetzt worden, gegen Abtretung der Antongrubenmassen 1—6 samt Überscharen dieser Gewerkschaft in Poschitz die neun einfachen und ein Doppelgrubenmassen „Franzisci“ samt zwei Überscharen bei Chodau einzutauschen. („Prager Tageblatt“ vom 4./6. 1919.) *ll.*

Chemische Industrie.

England. Geschäftsbericht. In der Generalversammlung der British Cyanides Co. erklärte der Vorsitzende den Rückgang des eventuell noch der Kriegsmehrgewinnsteuer unterliegenden Reingewinnes von 36 725½ Pfd. Sterl. im Jahre 1917 auf 20 572 Pfd. Sterl. 6 sh. 9 d im Jahre 1918 durch die Notwendigkeit der Einstellung der Fabrikation eines besonderen chemischen Erzeugnisses für Kriegszwecke, auf dessen Weiterlieferung die beteiligte Regierungsstelle verzichtete; ein Entschädigungsanspruch ist anhängig gemacht. Das Kapital der Gesellschaft, das bei Beginn des Geschäftsjahres 1918 in 200 000 Pfd. Sterl. Stammaktien bestand, von dem 169 471 Pfd. Sterl. ausgegeben waren, ist um 100 000 Vorzugsaktien, von denen 48 328 Pfd. Sterl. ausgegeben sind und um 50 000 Pfd. Sterl. Stammaktien vergrößert worden, von denen 30 200 Pfd. Sterl. ausgegeben sind. Die Reserven betragen jetzt 23 000 Pfd. Sterl. und sollen weiter erhöht werden. Der Erwerb der Firma Fred. Danks Ld. hat es ermöglicht, auf deren Terrain mit der Errichtung der bisher fehlenden Bürogebäude und Laboratorien zu beginnen. Eine Reise, die der Betriebsleiter und der Vorsteher der Verkaufsabteilung nach Amerika gemacht haben, um die dortige chemische Industrie zu studieren, verspricht sich als sehr fruchtbringend zu erweisen. Die British Potash Company, an der die Gesellschaft stark beteiligt ist, hat der Leitung wieder sehr viel zu tun gegeben. Verhandlungen über die Lieferungen großer Rohstoffmengen für diese Gesellschaft sind im Gange und werden sie in den Stand setzen, für England Kaliumchlorid in großem Maßstabe so herzustellen, daß ein Wettbewerb ausgehalten werden kann. Der „New Witness“, der die Gesellschaft angegriffen hatte, weil sie nicht unabhängig sei, hat die Erklärung abgegeben müssen, daß weder die Gesellschaft noch der geschäftsführende Direktor Chance noch Sir Arthur Duckham irgendwie mit dem Mond-Trust in Zusammenhang stünden. — Der Direktor Chance führte folgendes aus: Bei Kriegsbeginn war die

Lage Englands in bezug auf Cyanid sehr schwierig. [Nur drei Firmen darunter die Gesellschaft, stellten es her. Es gelang den Bedarf zu befriedigen, indem die Gesellschaft ihre Leistungen verdoppelte; später erweiterte eine der anderen Firmen ihre Anlagen. Die Gesellschaft wandte sich nun der Herstellung anderer für den Krieg nötiger Chemikalien zu. Durch Versuche, die neben der Fabrikation hergingen und einen dreimaligen Anbau der Anlage nötig machten, gelang es schließlich, aus rein englischen Rohstoffen Kalicarbonat für die Herstellung optischer Gläser in einer Güte herzustellen, die das deutsche Erzeugnis weit übertrifft. Am wertvollsten aber war die Tätigkeit der Gesellschaft in der Herstellung von Natrium-Permanganat. Die Gasabwehrabteilung verlangte die Herstellung dieses bisher nur im Laboratorium erzeugten Präparats, das ganz außerhalb des Bereichs der Tätigkeit der Gesellschaft lag. Trotzdem verstand sie sich zur Herstellung, die auch im großen Maßstabe gelang. Die Erfahrungen wurden anderen Firmen mitgeteilt, so daß gegen Ende des Krieges große Mengen des Erzeugnisses zur Fertigung von Gasmasken hergestellt werden konnten. Die Herstellung in der Fabrik der Gesellschaft war damals der Menge nach größer als die irgendeines je von ihr erzeugten Artikels. Bei dieser Gelegenheit rühmt der Redner Oberst Harrison, den Leiter der Gasabwehrabteilung, der stets richtig vorausberechnet habe, was die Deutschen tun würden, und das Abwehrmittel bereit hielt; er habe sich in diesem Dienste aufgerieben. Gegenüber dem Juli 1918 habe im Oktober 1918 die Erzeugung der Fabrik 9 statt 2 Artikel umfaßt und sei der Menge nach 4,4 mal, dem Werte nach 9,8 mal so groß gewesen; dabei hätte die Gesamtzahl der Angestellten und Arbeiter nur um 50% zugenommen. In den letzten 6 Monaten vor dem Waffenstillstand habe die Erzeugung der Menge nach 2,8 mal soviel wie in den letzten 6 Monaten vor dem Kriege, in den 6 Monaten seither aber nur 1,4 mal soviel wie damals betragen. Schließlich erinnerte Chance daran, daß die Aktionäre, die der Gesellschaft schon in ihren ersten schweren Zeiten beigestanden hätten, damals auf Ersuchen der Leitung Mittel zur Errichtung einer neuen Anlage in Popes Cane zur Verfügung gestellt hätten, um ihre Methode zur Fixierung atmosphärischen Stickstoffes durchzuerproben. Diese Anlage habe auch während des Krieges anderen Zwecken gedient, da zu großzügigen Versuchen keine Zeit gewesen sei; jetzt sei man mit allem bereit und verfüge noch dazu über den höchst wertvollen Rat von Sir Arthur Duckham. Derselbe Stab, der damals die Arbeiten bis zu dem seinerzeit erreichten Punkt geführt habe, sei noch vorhanden, und man kehre jetzt zu dem zurück, was doch schließlich die Lebensarbeit derer gewesen sei, die 7 Jahre darauf verwandt hätten. Man habe gesagt, die angestrebte Lösung sei unmöglich; persönlich sei er vom Gegenteil und davon überzeugt, daß das Verfahren im Falle seiner Durchbildung eine große Zukunft habe. Die Aktionäre wüßten, wie nahe man dem Erfolge schon gewesen sei, und daß die Schwierigkeit, die bisher noch den wirklichen Erfolg verhindert habe, eine solche sei, bezüglich deren Sir Arthur Duckham vielleicht die größte Sachkunde und Erfahrung in der Welt, jedenfalls in England besitze; der aber sage, was diesen Punkt betreffe, so werde er durchkommen. Alles sei bereit, um in den ersten Augusttagen wieder anzufangen, und wenn auch noch nicht nächstes Jahr, so hoffe er übernächstes Jahr den Aktionären mitteilen zu können, daß nach so vielen Jahren nun doch der Erfolg erzielt sei. *Ec.**

— **Kapitalerhöhung.** Oil Trust, Ltd., London, wird das Aktienkapital von 200 000 Pfd. Sterl. durch Ausgabe von 700 000 Aktien zu je 2 sh. erhöhen. Die Kapitalerhöhung dient zum Abbau der großen Asphaltlager der Gesellschaft auf Cuba. („Financial Times“ vom 14./6. 1919.) *on.*

— Die Firma **Lever Brothers** hat Ende Juni ihren Preis für Sunlight-Seifenstangen von $7\frac{1}{2}$ auf 10 pence und für „Lux“ von $4\frac{1}{2}$ auf 6 pence, also jeweils um $33\frac{1}{3}\%$ hinaufgesetzt. Im Vergleich mit den Preisen vor dem Kriege ist jetzt Sunlight-Seife um $185\frac{3}{4}\%$ und Lux-Seife um 100% teurer. — Die Erhöhung des Kapitals (s. S. 432) soll mit der Absicht stärkerer Betätigung der Firma auf dem Gebiete der Margarineindustrie und Einbeziehung solcher Firmen wie Van den Berghs, Maipole Dairy und eines Teils des Brumer-Mondschen Unternehmens in den Lever-Konzern zusammenhängen. („Fin. News“ vom 24./6. 1919.) *Ec.**

— **Frankreich. Geschäftsbericht.** Explosifs et Produits Chimiques (Barbier). Die Gesellschaft hat ihr Kapital von 8 auf 12 Mill. Fr. erhöht und gibt 6% ige Obligationen für 4 Mill. Fr. aus. Ihre diesjährige Dividende beträgt 6,50 Fr. auf die Aktien und 17,30 Fr. auf die Anteile. Ihre Umstellung auf die Friedenswirtschaft ist schnell erfolgt. Der Wiederaufbau der Fabrik Billy-Berelau bei Lens wird schnellstens bewerkstelligt, sie soll sich wie bisher mit der Erzeugung von Sprengstoffen für die Bergwerke befassen und wird ergänzt durch eine Fabrik elektrischer Sprengkörper. Die Kriegsschädigung ist auf etwa 1,5 Mill. Fr. für die Fabrik berechnet worden. Die Fabrikanlagen von St. Martin de Cros werden hauptsächlich Superphosphat herstellen, wofür sich die Rohstoffe in der Nähe in eigenen Gruben befinden. Sie werden aber auch die früheren Erzeugnisse produzieren, zu denen Magnesiumcarbonat, Schießbaumwolle, Holzschliff und Glycerin hinzutreten. Die der Firma gehörenden Kohlenbergwerke haben ihre Selbst-

kosten erheblich verringert und sollen weiter ausgebaut werden. An der Sprengstoffherzeugung in Elsaß-Lothringen will sie Anteil nehmen. („Ag. Econ. et Fin.“ vom 23./6. 1919.) *ar.*

— **Niederlande. Schwefelsäure- und Kunstdünger-Industrie.** Die durch die Stilllegung vieler Schwefelsäure verarbeitenden Fabriken und die hohen Preise bei gleichzeitiger Einfuhr von Schwefelsäure aus dem Auslande hervorgerufene verminderte Nachfrage nach dem holländischen Produkt führte zur Entlassung einiger Arbeiter der Amsterdamer Fabrik der Maatschappij tot Zwa-velzuurbereiding v/h Ketjen en Co., die im übrigen nach Möglichkeit ihre Arbeiterschaft zu beschäftigen suchte. Die Arbeiter der zu dem gleichen Unternehmen gehörigen Fabrik in Uithoorn, die noch immer stilllag, arbeiteten, soweit dies möglich war, in Amsterdam. Die Lage der Industrie hat sich gegen das Vorjahr bedeutend verschlechtert. Vier Schwefelsäurefabriken (Nebenbetriebe der Kunstdüngerfabriken) in Amsterdam, Capelle a/d. Ysel, Uden und Zwijndrecht lagen wegen Rohstoffmangels noch immer still. In Amsterdam wurde Personal entlassen. Da die Lage der Kunstdüngerfabrik in Zwijndrecht im Laufe des ersten Vierteljahrs sich so besserte, daß hinreichend zu tun war, konnten die Arbeiter der Schwefelsäureabteilung dieses Unternehmens dort Beschäftigung finden. In Capelle und Uden beschäftigte man sie mit Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten. Durch die Möglichkeit der Verarbeitung geringer Mengen einheimischer Rohstoffe besserte sich die Lage der Kunstdüngerfabriken in Capelle und Groningen etwas, in letzterer konnten sogar vorübergehend einige Arbeiter neu angestellt werden. Im allgemeinen war die Lage der holländischen Kunstdüngerindustrie — Zwijndrecht ausgenommen — fast ebenso ungünstig, teils sogar noch ungünstiger als im Vorjahre. *Od.*

— **Die Lage der Gerbstoff- und Arzneimittel-Industrie** in den ersten Monaten 1919 kann als befriedigend bezeichnet werden. Die Kon. Pharmaceutische Fabriek v/h Brocades en Stheeman hatte bis April 1919 regelmäßig zu tun, wenn auch etwas weniger als 1918. Der Betrieb der Kon. Pharm. Handelsvereeniging v/h A. d'Ailly en Zonen en Mastenbroek en Gallenkamp entwickelte sich trotz der allgemein ungünstiger werdenden Absatzverhältnisse in zufriedenstellender Weise, während die N. V. Fabriek van chemische en galenische preparaten in Schiedam nur mäßig beschäftigt war. Wenn auch im Hinblick auf die erwartete Einfuhr aus dem Auslande und die Verminderung der Preise in der Gerbstofffabrik in Lichtenvoorde ein gewisses Nachlassen der bis dahin sehr reichlichen Beschäftigung eintrat, so konnten doch die beiden anderen Unternehmen in Groenlo und Steenwijk, in denen jetzt das Dreischichtensystem eingeführt wurde, bisher über den Geschäftsgang nicht klagen; in Steenwijk wurde das Personal sogar von 43 auf 70 Mann erhöht. *Od.*

— **Geschäftsbericht.** Die Koninklijke Pharmaceutische Handelsvereeniging v/h A. d'Ailly en Zonen en Mastenbroek en Gallenkamp kann über eine ungewöhnlich lebhafte Nachfrage nach ihren Produkten bis zum Abschluß des Waffenstillstandes berichten; sie hat während des Krieges die Produktion einer Reihe von Artikeln neu aufgenommen und größere Posten ihrer Präparate zu lohnenden Preisen abgesetzt. Der Umsatz war infolgedessen bedeutend höher als im Vorjahr. Ein bedeutender Teil der Geldmittel des Unternehmens wurde bei der Erweiterung des Fabrikkomplexes und der Ausbreitung der Vorräte festgelegt. Das Geschäftsjahr 1918 schloß mit einem Gewinnssaldo von 495 290 gegen 326 292 fl. im Vorjahre. *Od.*

— **Betriebserweiterung.** Die N. V. Fransch-Hollandsche Oliefabrieken Calvé-Delft beabsichtigt den Bau einer Ölhärtungsfabrik in Delft und hat hierzu größere Terrains angekauft. F. P. G. van Loenen Martinet, bisher Direktor der Delfter städtischen Elektrizitätswerke, wurde zum Leiter der neuen Ölhärtungsfabrik ernannt. *Od.*

— **Dividenden.** Noorsche Gasmaatschappij, Haag, 1918 6%. — Chemische Fabriek „Naarden“ 10 (10)%. — N. V. „Oranje“ Fabriek tot bereiding van aetherische olien 15%. — Chemische Fabriek „Gembo“, Winschoten 10 (8)%. — Kon. Stearine Kaarsenfabriek, Gouda 24 (40)%. — Kon. Pharm. v/h. Brocades en Stheeman, Meppel 12 (10)%. — Dordtsche Petroleum Industrie, Mij 30 (19,6)%. — Mij. tot Expl. der C. G. Rommenhollersche Koolzuur en Zuurstofwerken 7,5%. — Kon. Pharmaceutische Handelsvereeniging 8,5 (12,5)%. — N. V. Oprechte Haarlemmer Oliefabriek v/h. G. de Koning Tilly 5%. — N. V. Maatschappij tot Expl. v. d. Victoria bron te Overlahnstein, Amsterdam 7%. — Maatschappij tot Expl. van Rheinische Kohlensäurewerke, Amsterdam 0%. — N. V. Hollandsche Cacao- en Chocoladefabrieken v/h. Benschdorp en Co., Amsterdam 5%. — Amsterdamsche Chininefabriek 25 (25)%. *Od.*

— **Neugründungen.** N. V. Chemische Fabriek „De Bijenkorf“ in Sloterdijk. Kapital: 200 000 fl., wovon eingezahlt 100 000 fl. Zweck: Fabrikation chemischer Produkte. Direktor:

H. J. A. Kranenburg, Sloterdijk. — N. V. Nederlandsche Koolzuur Maatschappij, Rotterdam. Kapital: 500 000 fl., wovon eingezahlt 110 000 fl. Direktoren: A. Lindner, Chr. F. Bökenkamp. — N. V. Handelsmaatschappij Metalchemica in Utrecht. Kapital: 20 000 fl. Zweck: Herstellung von Chemikalien, Metallen und verwandten Artikeln. — N. V. voor Chemicaalien en Metalen Import, Amsterdam. Kapital: 15 000 fl., wovon eingezahlt 3000 fl. Zweck: Ein- und Ausfuhrhandel von Metallen und chemischen Produkten außer Arzneimitteln. — N. V. Amerik-Zampa en Asphalt Maatschappij, Amsterdam. Kapital: 100 000 fl., wovon eingezahlt 34 000 fl. Zweck: Fabrikation von Zampa-Asphaltpapier und Teerprodukten. Direktor: J. F. H. Rabus, Amsterdam. — N. V. Zuurstoffabriek „De Alblas“, Alblasserdam. Kapital: 500 000 fl. Zweck: Gründung und Ausbeutung einer oder mehrerer Fabriken zur Herstellung von Sauerstoff und anderen Gasen, auch in komprimiertem Zustand. Direktoren: A. E. G. Kemmerling, Maschinenbauingenieur, Scheveningen; H. M. Bleuland van Oordt, Voorburg. Od.

Norwegen. Geschäftsbericht. Die letzten Jahre haben die Entwicklung einer neuen norwegischen Großindustrie in der Provinz Westlandet bei Bergen begünstigt. Es haben hier allmählich verschiedene Gesellschaften ihre Fabriken errichtet. Eines der größten Unternehmen ist die A. S. Den norske Superfosfatfabrik, (s. a. S. 346), die mit einem Kapital von 10 Mill. Kr. arbeitet. Die Anlagen der Gesellschaft wurden 1916 angefangen und nach 1½ Jahren vollendet. Die Fabrikation umfaßt Superphosphat, Schwefelsäure, Kieselfluor, Natrium usw. Die Nachfrage nach den Erzeugnissen ist im Laufe der Zeit erheblich gestiegen, so daß größere Erweiterungen vorgenommen werden mußten. Zur Zeit werden etwa 70 000 t Superphosphat jährlich erzeugt. Ein neues Erzeugnis, worauf große Hoffnungen gesetzt werden, ist das Titanweiß. Nachdem die vor Jahren in Verbindung mit einer englischen Gesellschaft angestellten Versuche zur Verwendung der in Norwegen in reichlichen Mengen vorkommenden Titanerze in der Stahlfabrikation ergebnislos ausgefallen waren, hat man langwierige Versuche angestellt, um die Titanerze für andere Zwecke nutzbar zu machen. Jetzt ist es endlich durch Ausschleiden des Titans aus den Erzen geglückt, einen chemischen Farbstoff „Titanweiß“ herzustellen, der in Qualität allen ähnlichen bisher gekannten Farbstoffen weit überlegen sein soll, er hat namentlich vor Zinkweiß und Bleiweiß erhebliche Vorzüge. Jahrelange Versuche haben unzweideutig festgestellt, daß das Titanweiß in bezug auf Haltbarkeit und Widerstandsfähigkeit, z. B. stärksten Säuredämpfen gegenüber, etwas ganz Hervorragendes darstellt. Auch kann es, sobald eine Massenerzeugung einsetzt, ebenso billig oder vielleicht noch billiger als irgendeine andere Farbe geliefert werden. Das Nebenprodukt Eisensulfat wird zur Zeit noch nicht fabrikmäßig ausgenutzt. Die Zukunft dieser neuen Industrie beruht selbstverständlich auf den zur Verfügung stehenden Rohmaterialvorkommen. Die der Gesellschaft zur Verfügung stehenden Titanerze werden auf etwa 30 Mill. t geschätzt. Außer in Norwegen dürften größere Mengen Titanerze nur in Rußland vorkommen. Die Erzeugung der Fabrik beträgt zurzeit ungefähr 8000 kg fertige Farbe am Tage, was für die Versorgung Norwegens und des übrigen Skandinaviens hinreichend ist. Selbstverständlich hat man viel größere Pläne, und es scheinen sich auch tatsächlich für die Ausfuhr des Titanweiß unbegrenzte Zukunftsmöglichkeiten zu bieten. Die Titanweißfabrik verfügt in Frederiksstad über ein Fabrikgelände von über 100 000 m². Die maschinellen Anlagen für eine moderne Schwefelsäurefabrik sind ebenfalls bereits vorhanden, da die Firma beabsichtigt, die bei der Titanfabrikation benötigte Schwefelsäure selbst herzustellen. („Farmand“, Mai/Juni 1918.) on.

Industrie der Steine und Erden.

Britisch-Indien. Fortschritte in der Zementindustrie. Ein Bericht, von der indischen Regierung veröffentlicht, besagt, daß Versuche, die in Alipore angestellt wurden, erwiesen, daß indischer Bundi- und Katnizement, wie er zur Zeit hergestellt wird, den besten englischen Marken an Güte gleichkommt, ebenso Porbaudazement, nur hat dieser eine etwas geringere Dehnbarkeit. („The Indian Textile Journal“, Bombay, Februar 1919.) on.

Niederlande. Geschäftsbericht. Die N. V. Glasfabrik „Leerdam“ v/h Jeekel, Mijnsen en Co. konnte in keinem Teile ihres Betriebes im Jahre 1918 ruhig durcharbeiten. Während die Nachfrage nach Glas für elektrische Glühbirnen und Tafelglas während des ganzen Jahres befriedigend war, ließ der Absatz von Maschinenglas infolge der staatlichen Rationierungsmaßnahmen im Herbst etwas nach. Die Zufuhr der Rohstoffe stieß ebenso wie der Absatz der Fertigfabrikate im Ausland auf erhebliche Schwierigkeiten. Bedeutende Abschreibungen waren notwendig, um den bedeutenden Preissturz der vorräufigen Rohstoffe bei Abschluß des Waffenstillstandes auszugleichen. Das Jahr 1919 hat für das Unternehmen wenig günstig begonnen, da der Mangel an Rohstoffen noch immer anhält, und die Stimmung des Marktes noch stets gedrückt ist. Die Ausfuhrmärkte blieben noch fast völlig geschlossen, so daß die Betriebsergebnisse noch immer recht traurige sind, um so mehr als

die Unkosten der höheren Löhne bei verringerter Arbeitszeit dauernd steigen. Od.

— **Dividenden.** N. V. Glasfabrik „Leerdam“ v/h Jeekel, Mijnsen en Co. 10%. — N. V. Aardewerkfabrik Sociéteé céramique 2,5%. — N. V. Utrechtsche Asphalt Fabrik v/h firma Steinen Takken 14%. — Eerste Nederlandsche Fabrik van Asbestcementplaten „Martinit“, Amsterdam 7½ (7½)% Od.

Verschiedene Industriezweige.

Britisch-Indien. Neugründung. Aurora Match Factory, Ltd., in Jalpaiguri, Fabrikation von Streichhölzern. Jalpaiguri ist infolge der Nähe der Waldungen des Himalaya-Gebirges, wo das beste Holz für Streichhölzer vorhanden ist, besonders günstig für die Streichholzfabrikation gelegen. („The Indian Textile Journal“, Bombay, Februar 1919.) dn.

Niederlande. Kapitalerhöhungen. N. V. Nederlandsche Guttapercha Maatschappij um 250 000 fl. — N. V. Batava Margarine Fabrieken in Nijmegen um 500 000 fl. Od.

Tagesrundschaу.

Italien. Das Handelsmuseum Triest plant eine ständige **Italienische Industrierausstellung** in dieser Stadt. („La Journée Industrielle“, Paris, vom 7./8. 1919.) on.

Da sich die am Außenhandel beteiligten Firmen jetzt wieder eingehender mit der Frage der Einfuhr befassen, so gehen den Handelskammern täglich zahlreiche Anfragen hierüber zu, die zum Teil auf eine weitgehende Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen schließen lassen. Die Handelskammer zu Berlin hat daraus die Anregung entnommen, ihre im Januar 1918 erstmalig herausgegebene Druckschrift „Einfuhrerleichterungen und -Erschwerungen im Deutschen Reich“ nach dem jetzigen Stande neu herauszugeben. Die neue Auflage behandelt die Umgestaltung der zollpolitischen Verhältnisse infolge des Krieges, die von der Reichsregierung angeordneten Zollbefreiungen für Lebensmittel und wichtige Rohstoffe, das allgemeine Einfuhrverbot vom 16./1. 1917 und die sonstigen besonderen Einfuhrverbote, endlich die der Zwangsbewirtschaftung unterliegenden Waren, die schon bei der Einfuhr der freien Verfügung des Handels entzogen werden. Die nach übersichtlichen Gesichtspunkten angeordnete, dem praktischen Gebrauch möglichst angepaßte Druckschrift kann zum Selbstkostenpreis von 1,90 M zuzüglich 0,15 M Porto gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme vom Verkehrsbüro der Handelskammer, Berlin C. 2, Klosterstraße 14, bezogen werden. („Nachrichten“ 8, 1919.) dn.

Dr. Karl Braun, beedigter Sachverständiger, während des Krieges in Warschau Leiter der dortigen Zweigstelle des Reichsausschusses für tierische und pflanzliche Fette und Öle an der Kriegsrohstoffstelle, hat in Berlin-Wilm., Motzstraße 40, ein **Untersuchungslaboratorium nebst Schule für die Fett-, Öl- und Seifenindustrie** eröffnet. Vor dem Kriege war das Institut von Dr. Braun & Krühn die Fachlehranstalt des Verbandes der Seifenfabrikanten. W. Krühn ist während des Krieges verstorben.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Zu Vorstandsmitgliedern wurden gewählt: Fr. Koch, Frankfurt a. M., bei der Fa. August Rommel A.-G., Hamburg; Generaldirektor a. D. H. Wolff-Zitelmann, Berlin-Schöneberg, bei der Fa. „Espagit“ Eifler Sprengstoffwerke und chemische Fabriken A.-G., Hallschlag.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: C. Adler, Frankfurt a. M. und M. Besch, Dresden, bei der Fa. Ölwerke am Main, G. m. b. H., Frankfurt a. M.; G. Mau und G. Schöon, Stuttgart, bei der Fa. Gustav Mau, G. m. b. H., Stuttgart; Chemiker E. Riehle und Fabrikant M. Uhrmacher, Neuwied, bei der Chemischen Fabrik Neuwied, G. m. b. H., Neuwied; Direktor H. Schiebel, Vitzsburg, und A. Jakob, Weischütz, bei dem Verein sächsisch-thüringischer Zuckerfabriken, G. m. b. H. zu Laucha; E. F. A. Schröder und G. C. K. Meyer, Hamburg, bei der Fa. „Sedina“ Chemische Produkte G. m. b. H., Hamburg; Dr. K. Theiler, Ing.-Chem., München, bei der Brennstoffchemie G. m. b. H., München.

Prokura wurde erteilt: F. A. bild, Flensburg, bei der Fa. Flensburg Soda- und Chem. Fabrik Johannes Wulff in Flensburg; R. Baacke, Agrikulturchemiker Dr. H. Frese, Ludwigshafen a. Rh., Chemiker Dr. C. Krauch, Leuna-Werke, Chemiker Dr. K. Schumann, Chemiker Dr. V. Villinger, Ludwigshafen a. Rh. und K. Weiss, Mannheim, bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh.

Gestorben sind: Joh. Kruse, Direktor der Fürstenberger Porzellanfabrik A.-G. — E. W. Pierce, Direktor der Oklahoma Producing and Refining Corporation, Tulsa, Ende März. — Dipl.-Ing. Bergwerksdirektor A. Sachse am 11./7. im 42. Lebensj.

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

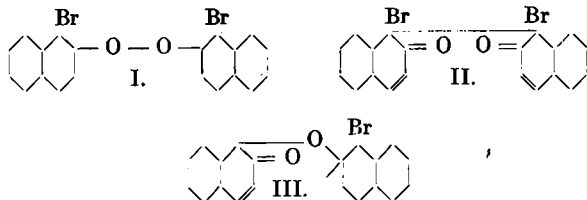
Münchener Chemische Gesellschaft.

Sitzung vom 2./7. 1919 im Universitätslaboratorium für angewandte Chemie.

Vorsitzender: Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Theodor Paul.

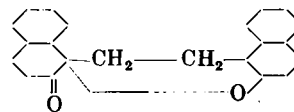
Prof. Dr. R. Pummerer: *Über Dehydrophenole und Methylenchinone.*

Die früheren Arbeiten des Verfassers über die Körperklasse der Dehydrophenole wurden fortgesetzt und zunächst versucht, über die Konstitution der dimolekularen Verbindungen Klarheit zu gewinnen. Hierzu war im Gegensatz zu dem früher untersuchten Dehydro-oxybinaphthyl-oxyl und dem Dehydro-methylnaphthol die Darstellung von Dehydro- α -brom- β -naphthol erwünscht, weil hier zwischen den beiden symmetrischen Formeln (I, II) und der unsymmetrischen (III) eine leichte Entscheidung möglich schien.



Die Darstellung gelang durch Umsetzen von Dehydro-tetrachlor-p-Kresol und α -Brom- β -naphthol im indifferenten Mittel. Die Eigenschaften des neuen Dehydrokörpers sprechen eindeutig für die unsymmetrische Chinolätherformel, da nur ein Bromatom labil gebunden ist (bei I dürfte keines, bei II müßten es beide sein). Hydrolyse liefert β -Naphthochinon neben Bromnaphthol. Reduktion führt zur Elimination von Brom unter Bildung von β -Oxy- α' -Brom- α , β -dinaphthyläther. Der von Hinsberg beschriebene nichtbromierte β -oxy- α , β' -dinaphthyläther entsteht auch spurenweise aus β -Naphthol durch vorsichtige Oxydation mit Ferricyankalium.

Dehydro-methyl-naphthol zersetzt sich in kochendem Xylol in gleiche Gewichtsteile Methylnaphthol und polymeres Naphthomethylenchinon. Letzteres wurde als cyclisches Dehydro-dinaphtholäthan der Formel



erkannt. Soweit die in der Methylengruppe unsubstituierten „Methylenchinone“ nicht früher schon als offene Dehydrophenole erwiesen wurden (Ber. 47, 2957), ist ihre Auffassung als dimolekulare analoge Dehydro-diphenoläthane geeignet, die schon den Entdeckern aufgefallene Reaktionsträgheit der Verbindungen zu erklären. Wahrscheinlich ist noch kein in der Methylengruppe unsubstituiertes Methylenchinon (Chinon-methid) isoliert worden.

Verein deutscher Chemiker.

Hessischer Bezirksverein.

Sitzung am 8./7. 1919 im Wittelsbacher Hof zu Cassel.

Vorsitzender: Dr. Brauer.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 8 $\frac{1}{4}$ Uhr und begrüßt die Mitglieder sowie einen Gast.

Dr. Brauer erstattet dann Bericht über die Vorstandssitzung in Halle und die Eingänge vom Hauptverein betreffs Änderung der Satzungen, mit denen sich die Versammlung einverstanden erklärt.

Auf Anregung des Herrn Dipl.-Ing. Eienkel wurde beschlossen, mit der Ortsgruppe des Bundes angestellter Chemiker, welche sich hier gebildet hat, in freundschaftliche Beziehungen zu treten, und diese Herren aufzufordern, auch unserem Verein beizutreten.

Der Schriftführer, Dr. Engelhardt, hat sein Amt wegen beruflicher Behinderung niedergelegt; die Versammlung bittet Herrn Dr. Brauer, bis auf weiteres die Arbeiten des Schriftführers mit zu erledigen, um Verzögerungen zu vermeiden.

Der Vorsitzende berichtet sodann über die erfreuliche Entwicklung der Ortsgruppe Gießen, ferner gibt er von der nächsten Hauptversammlung in Würzburg Kenntnis und bittet die Mitglieder, dort zahlreich zu erscheinen.

Der Vorsitzende gibt weiter den Eingang zweier Schreiben des Hess. Bezirksvereins deutscher Ingenieure seitens dessen Vorsitzenden, Herrn Regierungs- und Baurat van Heys, bekannt, in denen aufgefordert wird, sich an der Herausgabe monatlicher Mitteilungen zu beteiligen, die gemeinsam von verschiedenen hessischen Bezirksvereinen unterstützt werden. Der Vorsitzende legt einige Nummern der Mitteilungen des Hessischen Bezirksvereins deutscher Ingenieure vor. Die Versammlung beschließt, zunächst beim Hessischen Bezirksverein deutscher Ingenieure anzufragen, welche Kosten dadurch entstehen können und wird später die Sache nochmals zur Sprache bringen.

Als dann wurde beschlossen, die Sitzung im August ausfallen zu lassen, da in diesem Monat eine große Anzahl der Mitglieder verreist sei; die nächste Sitzung soll am zweiten Dienstag im September stattfinden.

Dr. Brauer hält dann ein Referat über die Erhöhung der Gebührenordnung, insbesondere über den beabsichtigten Zusammenschluß der öffentlichen Laboratorien, vor allem derjenigen, die Metallanalysen ausführen, zwecks Festlegung eines Mindesttarifs.

Es schließt sich daran eine lebhafte Aussprache, an der sich die Herren Dr. Riehm, Dipl.-Ing. Eienkel und der Vorsitzende beteiligen.

Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß diese Bestrebungen durchaus zu billigen und zu unterstützen seien, zumal von manchen Laboratorien so niedrige Sätze gefordert werden, daß dies dem Standesinteresse nicht entspräche und daß unbedingt auf die heutige Teuerung Rücksicht genommen werden müsse; insbesondere soll auch angestrebt werden, daß eine Erhöhung der Sachverständigengebühren

bei Gericht eintritt, die jetzt besonders bei auswärtigen Terminen kaum die Selbstkosten decken.

Anschließend daran wurde noch dem Wunsche Ausdruck gegeben, besonders an Hand eines bestimmten Falles, daß der Verein deutscher Chemiker nur solche Mitglieder aufnehmen möge, welche des Standes würdig sind, wenn man auch durchaus nicht engherzig verfahren solle. Würde man aber jeden aufnehmen, insbesondere die Leute, die sich „Chemiker“ nennen, ohne die genügende Vorbildung zu haben, so würde der gesamte Stand der Chemiker leiden; denn gerade dadurch, daß manche nicht erfreuliche Erscheinungen dem Chemiker an die Rockscheibe gehängt würden, ist es vorgekommen, daß dadurch der gesamte Stand der Chemiker vielfach nicht die Achtung genießt, die ihm ebenso wie den anderen akademischen Berufen zukommt; auch die Ärzte würden in ihre Vereinigungen beispielsweise keine Kurpfuscher aufnehmen; denn sonst hätte sich dieser Stand nicht die Achtung verschafft, die er nun einmal besitzt und die er sich u. a. auch beim Heere verschafft hat.

Dr. Brauer bespricht dann eine Arbeit, die ihm von Prof. Kippenberger zugesandt ist, mit dem Titel „Der chemische Unterricht an deutschen Universitäten (Reformgedanken eines Hochschullehrers)“. Die sehr interessanten Ausführungen des Verfassers der Schrift wurden durchaus gebilligt.

Von Dr. Riehm und dem Vorsitzenden wird noch darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig sei, die Warenkunde an den Universitäten mehr zu pflegen, damit der Chemiker später wirklich über die genügenden Kenntnisse verfüge.

Schluß der Sitzung 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Der Vorsitzende: Dr. Brauer.

Hauptversammlung zu Würzburg

am 5.—7. September 1919.

Da Würzburg in hohem Maße mit Fremden überschwemmt ist, wird den Teilnehmern an der Hauptversammlung in Würzburg empfohlen, sich die Wohnung durch die Ortswohnungskommission besorgen zu lassen. Bestellungen sind spätestens bis 15./8. zu richten an die Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel, Würzburg, Köllikerstr. 2, unter Angabe der Preislage, der Zeitdauer des Aufenthaltes, der gewünschten Bettenzahl und der genauen Adresse. Später eintreffende Bestellungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Bettenpreise betragen in den hiesigen Hotels 5—8 M für eine Nacht ohne Wohnungsteuer, einfaches Frühstück 1—2 M. Eine große Anzahl der Teilnehmer wird mit der Möglichkeit rechnen müssen, daß sie mit einem oder zwei anderen Teilnehmern zusammen in mehrbettigen Zimmern untergebracht werden. Die Adresse der zugewiesenen Wohnung wird durch Karte bekanntgegeben.

Der Ortsausschuß.